Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

16. Dezember 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Ausführlich hatte sich der Technik- und Umweltausschuss am Donnerstagabend mit der Gestaltung der Außenanlagen des im Bau befindlichen Kinder- und Jugendcampus in Wilferdingen beschäftigt. Neben Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Außenbereich des Kindergartens gehört auch der mit einer Schülerbeteiligung gestaltete Dachgarten des Mensa- und Kernzeitgebäudes dazu. Knapp 1,4 Mio. Euro würde der Entwurf kosten, daher überlies der Ausschuss die Entscheidung dem gesamten Gemeinderat und sprach lediglich eine Empfehlung für die Januarsitzung aus.

Auch die Fassadengestaltung der Turn- und Schwimmhalle in Singen stand auf der Tagesordnung. Bei drei Varianten entschied sich der Ausschuss für eine Faserzementfassade, die stabil, feuerbeständig sowie beständig gegen Witterung und Ungeziefer ist. Da die Fassade die Grundlage der Kostenberechnung bildete, sind keine Mehrkosten zu erwarten. Eine zusätzliche Fassadenbegrünung auf der östlichen und westlichen Seite des Gebäudes könnte noch nachgerüstet werden.

Remchinger Haushalt schließt wohl besser als geplant ab

Neben der Küchentechnik für die Mensa, für die Personalküche der Kernzeit und die Küche der Kita am Kinder- und Jugendcampus beschloss der Gemeinderat einstimmig die Vergabe von Sportgeräten und Estrich-Arbeiten für die Sanierung der Schwimm- und Turnhalle, die allesamt unter der Kostenberechnung lagen. Außerdem beschloss das Gremium aufgrund der besonderen Anforderungen die direkte Vergabe der Hubbodentechnik für das Hallenbad zum Angebotspreis von rund 237.000 Euro.

Während das Rechnungsamt Ende 2023 noch von einer Verschlechterung des aktuellen Doppelhaushalts 2023/2024 gegenüber der Planung ausgegangen war, wird das Ergebnis wohl besser als erwartet, stellte der stellvertretende Kämmerer Matthias Schüle im Rahmen einer Zwischeninformation fest. Insbesondere die Gewerbesteuer sei mit 6,9 Millionen Euro

zum Stand der Sitzung höher ausgefallen als geplant – ursprünglich hatte die Gemeinde zehn Millionen Euro anvisiert, aber vorsichtig mit fünf Millionen Euro geplant. Bis Ende des Jahres könnten etwa 7,7 von geplanten 10,8 Millionen Euro an Investitionen durchgeführt werden. Neben drei Millionen Euro liquiden Mitteln verzeichne die Gemeinde 8,5 Millionen Euro Kündigungsgelder und 3,4 Millionen Euro Schulden. „Wir stehen noch gut da, aber verhalten gut“, verdeutlichte Bürgermeisterin Julia Wieland, während Felix Casper (CDU) zu bedenken gab, dass er mit künftig mit deutlichen Einbrüchen der Gewerbesteuer rechne, da die Wirtschaft „deutlich am kränkeln und ächzen“ sei.

Gemeinderat bringt Neubau an Weinbergstraße voran

Einstimmig grünes Licht gab der Remchinger Rat für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan an der Weinbergstraße 16 in Singen. Gegenüber der Bergschule sollen dort in privater Initiative durch eine Terrassierung zwei Häuser mit insgesamt 13 Wohnungen und Garagen im Innenhof entstehen. Die Höhe orientiert sich an der umliegenden Bebauung, wie der beauftragte Architekt Martin Elsässer verdeutlichte. „Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum und sind glücklich, dass jemand in der heutigen Zeit so ein Vorhaben durchführt“, betonte Volker Bräuninger (SPD) und äußerte den Wunsch, die danebenliegende Treppenanlage gleich mit zu sanieren. Auch Kurt Ebel (CDU) begrüßte das seiner Meinung nach gelungene Vorhaben. Er hoffe, dass die späteren Bewohner ihre Stellplätze und nicht die für die Schule vorgesehenen nutzen: „Das ist ein Pilotprojekt – wenn sich so etwas auch mal auf dem Brodbeck-Gelände realisieren lässt, können wir uns von und zu schreiben.“

Rat stimmt gegen weitere Planung von Lärmschutzwänden

Von vorbeiratternden Güterwaggons und durchrauschenden Schnellzügen können die Anwohner der Eisenbahnstraße in Singen und oberhalb der Bahnhofstraße in Wilferdingen längst ein Lied singen. Trotzdem hat der Remchinger Gemeinderat nun mehrheitlich entschieden, die Pläne der Deutschen Bahn zur Errichtung von Lärmschutzwänden nicht weiter zu verfolgen – und bekam immer wieder Applaus von einem Großteil der anwesenden Anwohner. Wie kam es dazu? Wie berichtet hatte die Deutsche Bahn im Februar ihre Planungen präsentiert, die die gesamte Bahntrasse zwischen Niefern und Pfinztal betreffen. In diesem Streckenabschnitt sind überall dort, wo der Grenzwert von 54 Dezibel bei Wohnbebauung in der Nacht überschritten ist, geförderte Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen eines freiwilligen Bundesprogramms möglich. Ein dreidimensionales Geländemodell mit dem anhand von Zukunftsprognosen berechneten Lärmgutachten zeigte vor allem eine Betroffenheit für die Anwohner der Eisenbahnstraße in Singen und Teile der dahinterliegenden Pfinzstraße sowie in Wilferdingen für den Bahnhofsbereich und den Schafweg. Eine 834 Meter lange Schallschutzwand in Singen sowie eine 474 Meter lange Wand in Wilferdingen könnte den

Berechnungen zufolge für Entlastung der meisten Häuser sorgen. Allerdings nur auf dem Papier – eine konkrete Vorort-Planung erfolgt erst nach grünem Licht der Gemeinde.

Dabei hätten die Wände eine Höhe von drei Metern – aufgrund des Mindestabstands zu den Gleisen und des starken Gefälles am Bahndamm könnten sie in Singen nach Einschätzung von Bauamtsleiter Markus Becker jedoch nur neben dem Damm an der Straße gebaut werden. Der Damm sei an seiner höchsten Stelle jedoch selbst schon ca. 2,90 Meter hoch, so Becker, der selbst nachgemessen habe. „Entweder würde die Wand keinen Sinn machen, da der Zug darüberfährt oder man müsste sechs Meter hoch“, verdeutlichte Becker. Eine Umfrage der Gemeindeverwaltung unter den betroffenen Einwohnern beider Ortsteile habe zudem ergeben, dass nur 26 für und 37 der befragten Haushallte gegen Lärmschutzwände sind. „Wenn die Mehrheit der Befragten, die abgestimmt haben, die Wand nicht will, müssen wir das berücksichtigen“, unterstrich Martin Rothweiler (FWV). Klaus Fingerhut (Grüne) erfuhr auf Nachfrage, dass bei einer möglichen Entwicklung des Brodbeckgeländes aufgrund des Baubeginns nach dem Jahr 2015 ohnehin nicht die Bahn für den Lärmschutz sorgen müsse. Hans Zachmann (CDU) gab das Anliegen von Anwohnern des Schafwegs weiter, wenn, dann auch gleich den Straßenlärm mit einzubinden – aus Erfahrung lasse sich die Bahn darauf aber nicht ein, verdeutlichte Bürgermeisterin Julia Wieland.

„Die Eisenbahnsträßler sind da“, rief eine Besucherin während der Sitzung. „Es ist zwar wunderschön, dass die an uns denken – aber wir wollen das nicht.“ Anstatt auf eine Wand zu blicken, blicke man lieber auf den Damm, so die Anwesenden, die außerdem weniger Luftzirkulation in der engen Straße befürchteten. Einstimmig lehnte das Gremium eine weitere Planung für die Singener Seite ab. Etwas mehr Zuspruch hätten die Wände auf der Wilferdinger Seite gefunden, auch wenn manche Anwohner eine Echowirkung für den Straßenverkehr befürchteten, die Becker aufgrund der absorbierenden Wirkung der Wände jedoch ausschließen konnte. Mit einer Pattsituation von acht Ja- und acht Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen lehnte der Rat letztlich auch hier eine weitere Planung ab. Stattdessen soll für alle Betroffenen je nach Jahr der Baugenehmigung und Nutzung für bestimmte Zimmer die Möglichkeit bestehen, schalldichte Fenster und Lüfter, in Einzelfällen auch spezielle Dämmungen, zu drei Vierteln der Kosten von der Bahn fördern zu lassen.

Beier verweist auf Pflichten der jungen Mitbürger

Über die Hintergründe, den vor zehn Jahren eingeschlagenen Weg und die bereits erreichten Maßnahmen im Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ Remchingen informierte Michaela Ungerer, Kinder- und Jugendbeauftragte der Gemeinde, den Gemeinderat. Maria Scrofan (CDU) regte an, dabei stets auch die politische Bildung im Blick zu behalten. Andreas Beier

(SPD) dankte für alles Herzblut im Rahmen der Initiative, bemerkte jedoch: „Nach außen strahlt die Gemeinde kräftig – leider brennt es im Innern ab und zu." Damit zielte er auf die beiden Brände auf Singener Spielplätzen im Sommer und stetigen Vandalismus ab: „Wir sollten den Jugendlichen nicht nur ihre Rechte, sondern auch ihre Pflichten erklären." Er hinterfragte die Kosten des Projekts und bedauerte, dass das Thema Jugendgemeinderat jüngst an genügend Teilnehmern scheiterte.

Remchingen hinkt in Sachen Glasfaser-Beteiligung hinter

Während Kieselbronn mit knapp 30 Prozent das notwendige Quorum von 25 Prozent in der Glasfaser-Vorvermarktungsphase Ende der vergangenen Woche erreicht hatte, liegt Remchingen den Daten der beauftragten Stadtwerke Pforzheim zufolge erst bei 15 Prozent. Daraufhin hat die SWP die eigentlich am 13. Dezember abgeschlossene **Vorvermarktungsphase nun bis 20. Januar 2025 verlängert**. Die Anmeldung ist möglich unter www.stadtwerke-pforzheim.de/vorvermarktung. Die Zurückhaltung der Bürgerschaft beschäftigte auch den Gemeinderat. „Denken Sie daran, sich eingehend zu informieren und berücksichtigen Sie auch die Aktion ‚Vereine werben Kunden'. Wir verstellen uns sonst eine große Chance für die Zukunft", motivierte Bürgermeisterin Wieland. Felix Casper (CDU) unterstrich: „Wir reden nicht von großartigen Mehrkosten, aber von einer riesengroßen Mehrleistung." Volker Bräuninger (SPD) ging noch weiter: „Wir verspielen unsere Zukunft, wenn wir so weiter machen – und müssten alle Kräfte aufwenden, um das Rad zu drehen."

Weitere Windkraft-Infoveranstaltung im Januar

Bürgermeisterin Wieland informierte, dass am 16. Januar 2025 eine weitere Infoveranstaltung in der Kulturhalle im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Thema Windkraft im Buchwald und im Ranntal erfolgen soll. Wie berichtet soll es zum geplanten Standort der EnBW im Ranntal einen Bürgerentscheid geben – der Termin könnte im Mai erfolgen, so die Bürgermeisterin. Der von der JUWI projektierte Standort im Buchwald liegt auf Staatswaldflächen, weshalb die Gemeinde kaum Einfluss habe, das Thema aber trotzdem mit in die Informationsveranstaltung nehmen wolle.

Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) erfuhr auf Nachfrage von der Bürgermeisterin, dass sie in Sachen kommunale Wärmeplanung aktuell im Gespräch mit Nachbarkommunen sei, um möglicherweise interkommunale Synergien zu nutzen.

Remchinger Rettungswache doch ohne DRK?

Gemeinderat Felix Casper (CDU) fragte bei der vergangenen Sitzung, wie es aktuell mit den Planungen für die Errichtung einer Rettungswache am Nöttinger Ortseingang stehe, wo wie

berichtet neben der Freiwilligen Feuerwehr Abteilung Süd in Miete der DRK Ortsverein und die DLRG beheimatet werden könnten. Bauamtsleiter Becker erklärte, das örtliche DRK hätte zwischenzeitlich Überlegungen angestellt, doch nicht mit an den Standort zu ziehen, weshalb die Planungen zunächst ausgesetzt gewesen seien. Aktuell lasse die Gemeinde mögliche Mietmodelle erstellen, um damit konkret auf DRK und DLRG zuzugehen. Der Planungswettbewerb solle dann im neuen Jahr zum Laufen gebracht werden.

Wie berichtet hatte die Freie Wählervereinigung mit einem Antrag die Wiedereinführung einer City-Streife vorgeschlagen, dem das Gremium zustimmte. Raphael Blattner reichte nun für die CDU den Antrag ein, eine Sicherheitsbefragung in Remchingen durchzuführen. Damit könne die dann neu eingerichtete Arbeitsgruppe „Sicherheit“ fundiert ihre Arbeit beginnen.

Julian Zachmann